

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

2. Ex.

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
WOCHENBERICHT 32-33/79

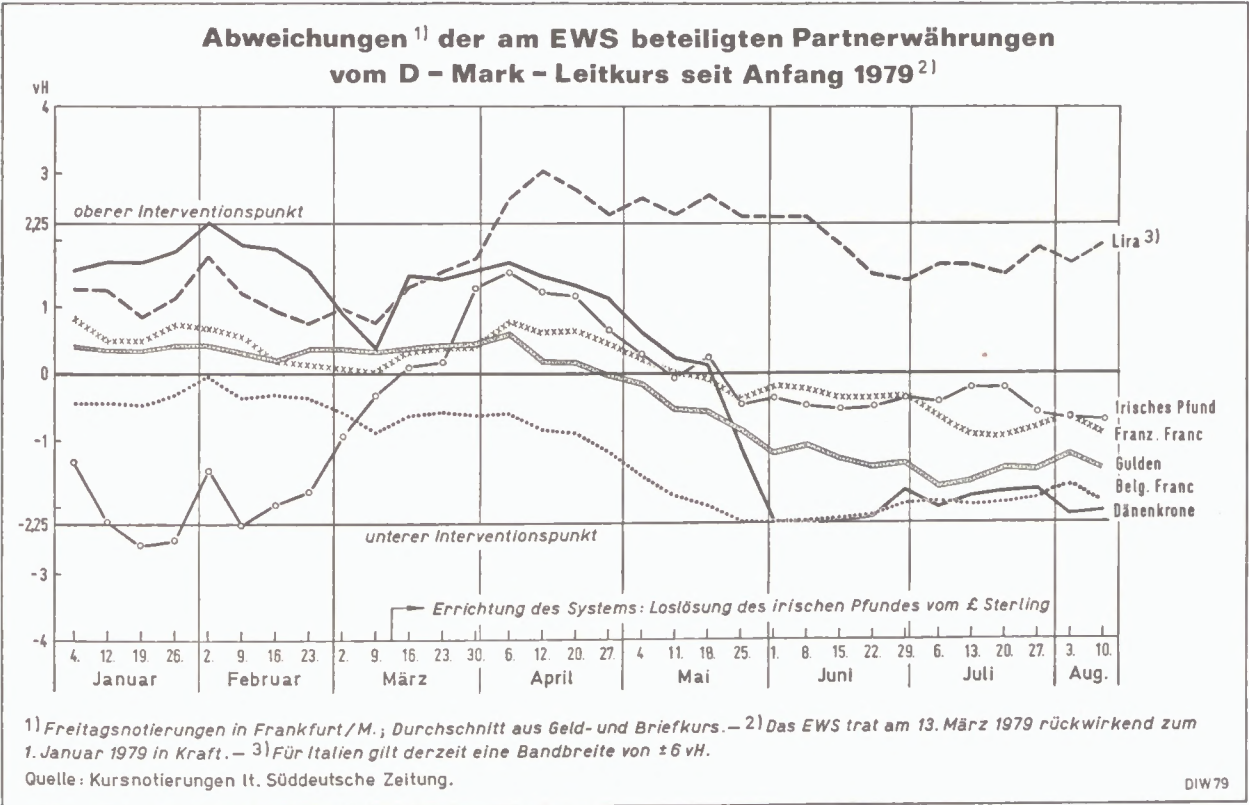
Berlin 16. August 1979 46. Jahrgang

Wie chancenreich ist das Europäische Währungssystem?

Bevor das Europäische Währungssystem (EWS) eingeführt wurde, beherrschten währungs- und rechtstechnische Probleme die Diskussion. Daß sie aufs ganze gesehen zügig gelöst werden konnten, ist zweifellos ein integrationspolitischer Erfolg. Wichtiger ist indes die Frage, ob das System unter

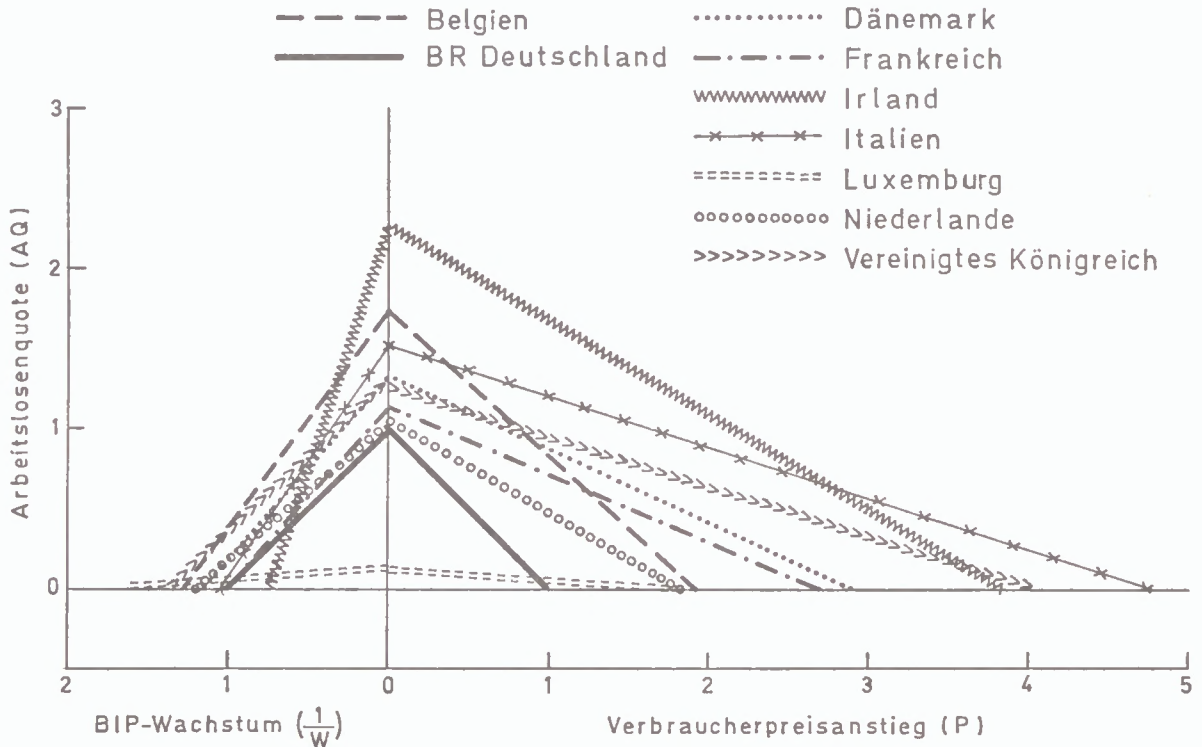
ökonomischem Aspekt auch auf Dauer tragfähig und integrationsfördernd ist.

Der erste Anschein könnte dagegen sprechen, denn bereits in den ersten Monaten ist es zu Spannungen gekommen. Nachdem die D-Mark anfangs eher zur Schwäche tendiert hatte, gerieten im Mai/



Simultane Realisationen wichtiger wirtschaftspolitischer Zielvariablen in den EG-Ländern 1975 bis 1978

Jahresdurchschnitte, BRD=1



Quelle: eurostat, Eurostatistiken, Daten zur Konjunkturanalyse, Heft 7A, Juli 1979.

DIW 79

Juni der belgische Franc und die Dänenkrone im Verhältnis zur D-Mark unter starken Druck. Insbesondere die belgische Regierung sah sich — nach Erreichen der „Abweichungsschwelle“¹ — durch das EWS zu wachstumspolitisch keineswegs erwünschten Maßnahmen mit zinssteigernder Wirkung veranlaßt. Ausgelöst wurden die Spannungen dadurch, daß die Bundesbank, um ein weiteres Absinken der D-Mark zu verhindern, Dollars abgab und zudem aus stabilitätspolitischen Gründen ihre Leitzinsen heraufsetzte.

Damit scheinen die Kritiker recht zu behalten, die von Anfang an gemahnt hatten, das EWS habe schon deswegen keine Chance, weil es zwischen den einzelnen EG-Ländern noch ausgeprägte Unterschiede sowohl im wirtschaftlichen Konfliktpotential als auch in den wirtschaftspolitischen Zielen gebe. So sei es zur Durchsetzung des deutschen Stabilitätszieles erforderlich, daß die D-Mark auch weiterhin aufgewertet werde. Soweit dieses Aufwertungs-

bedürfnis nur gegenüber dem US-Dollar und anderen Drittwährungen durchgesetzt werde, würden die Partnerländer im EWS „mitgezogen“ und damit in ihrer Wachstums- und Beschäftigungspolitik beeinträchtigt. Wenn das Aufwertungsbedürfnis auch innerhalb des EWS durchgesetzt werde, müßten die Leitkurse so häufig angepaßt werden, daß das System denaturiert werde. Im Zweifel, so wird argumentiert, werde aber die Bundesrepublik infolge erweiterter Interventionspflicht der Bundesbank dem Aufwertungsbedürfnis innerhalb des Systems nicht voll nachkommen können, und der Verlust an Fähigkeit zu einer effektiven geldpolitischen Steuerung müsse zu einem unkontrollierten Inflationsimport führen.

¹ Die Schwelle liegt bei 75 vH der maximal zulässigen Abweichung gegenüber dem Leitkurs der „ECU“, jener zunächst mit der europäischen Korbrechnungseinheit ERE identischen Rechnungseinheit, die die zentralbankgeldähnliche Grundlage des Systems bildet.

Daß in der Gemeinschaft noch erhebliche Unterschiede im wirtschaftspolitischen Zielkonflikt bestehen, ist nicht zu bestreiten. Die zweite Graphik veranschaulicht dies. Hier werden die in den einzelnen EG-Ländern im Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 erreichten Realisierungsgrade für wichtige volkswirtschaftliche Zielvariable – Wachstum, Preisanstieg, Arbeitslosenquote – jeweils als Vielfaches der gleichzeitig in der Bundesrepublik erreichten Realisationen dargestellt. Dabei bedeuten Achsenpunkte außerhalb des Referenzdreiecks ungünstigere, Punkte innerhalb des Dreiecks günstigere Werte, als sie in der Bundesrepublik erzielt wurden². Es zeigt sich, daß nur in Irland ein höheres Wachstum, in Luxemburg eine geringere Arbeitslosenquote als in der Bundesrepublik erreicht werden konnte. In allen anderen Fällen waren die Realisationen in den Partnerländern ungünstiger.

Zu bestreiten ist auch nicht, daß die Regierungen und Zentralbanken ohne EWS in größerer Autonomie handeln könnten als unter dessen Zwängen. Dennoch zielt die Kritik am Kern des EWS vorbei. Zentrales Anliegen des Systems ist nicht die Verteidigung einmal festgelegter gegenseitiger Leitkurse unter Aufgabe von Handlungsspielräumen, sondern die Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Das EWS wird in dem Maße erfolgreich sein, wie es ihm gelingt, die nationalen Rangordnungen der wirtschaftspolitischen Ziele einander näherzubringen und wie es den Ländern mit höherem Konfliktpotential hilft, die Spannungen allmählich abzubauen. Nur

bei einem konstruktiven Dialog werden sich die Erwartungen an den Devisenmärkten verstetigen, die Interventionen und kurzfristigen Beistandskredite in Grenzen halten, die Leitkursanpassungen richtig dosieren lassen und der Bedarf an solchen Anpassungen allmählich verringern.

Daß das EWS in diesem Sinne durchaus Erfolgchancen hat, läßt sich einmal an der gewandelten Haltung Großbritanniens und Italiens, zum anderen an den im Rahmen des Systems bisher konkret ergriffenen Konvergenzmaßnahmen belegen.

Zwischen den EG-Ländern Großbritannien und Italien, die nicht an der früheren „Schlange“, dem Vorläufer des EWS, beteiligt waren und den übrigen Gemeinschaftsländern war es in den vergangenen Jahren zu überakzentuierenden, das heißt die Inflationsdifferenzen überschreitenden Wechselkursbewegungen gekommen. Durch die „reale“ Aufwertung der D-Mark war in der Bundesrepublik ein zusätzlicher Stabilisierungseffekt erzielt worden, weil die Importpreise in D-Mark langsamer stiegen als das inländische Preisniveau oder sogar absolut zurückgingen. Die Kehrseite bekamen die Abwertungsländer zu spüren. Dort entstand in dem Maße, wie in der Bundesrepublik mehr Stabilität erzeugt wurde,

² Bei der Wachstumsrate für das BIP wurden die jeweiligen reziproken Werte zugrunde gelegt, da in der graphischen Darstellung nur so – wie bei der Arbeitslosenquote und dem Preisanstieg – ein geringerer Abstand zum Nullpunkt eine günstigere Zielrealisation zum Ausdruck bringt.

Entwicklung des nominalen und realen Außenwertes der D-Mark
1975 = 100

Land der Bezugs- währung	Nominalindex des D-Mark-Außenwertes				Index der Verbraucherpreis- abweichung ¹⁾ gegenüber BRD				Realindex des D-Mark-Außenwertes			
	1976	1977	1978	1. Quartal 1979	1976	1977	1978	1. Quartal 1979	1976	1977	1978	1. Quartal 1979
Belgien	102,6	103,3	104,9	105,6	104,5	107,6	109,6	109,9	98,2	96,0	95,7	96,1
Dänemark	102,9	110,9	117,6	119,1	104,3	111,4	119,4	121,8 ²⁾	98,7	99,6	98,5	98,5
Frankreich	109,0	121,4	128,8	131,9	104,9	110,4	117,4	121,2	103,9	110,0	109,7	108,8
Irland	120,6	134,5	141,5	145,7	112,9	123,5	129,5	135,8 ³⁾	106,8	108,9	109,3	107,3
Italien	124,5	143,2	159,3	170,3	111,8	127,3	139,2	147,0	111,4	112,5	114,4	115,9
Luxemburg	102,6	103,3	104,9	105,6	105,1	107,9	108,4	108,6	97,6	95,7	96,8	97,2
Niederlande	102,1	102,8	104,8	105,1	104,1	106,6	108,2	107,9	98,1	96,4	96,9	97,4
Verein. Königr.	120,6	134,5	141,5	145,7	111,5	124,3	131,2	135,8	108,2	108,2	107,9	107,3
EG (ohne BRD)	109,4	117,4	123,2	126,1	107,7	117,9	123,9	128,8	101,6	99,6	99,4	97,9
OECD (ohne BRD)	106,1	114,2	121,6	126,0	104,8	109,6	116,7	120,9	101,2	104,2	104,2	104,2

1) Bei der Berechnung des Verbraucherpreisindex für die EG bzw. die OECD wurden die Sozialproduktsanteile als Gewicht verwendet. – 2) Januar. – 3) Februar.

Quellen: OECD, Main economic indicators, Januar 1979 und Juni 1979; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank Nr. 6, Juni 1979.

ein zusätzlicher Inflationsschub, da die Einfuhrpreise nun stärker stiegen als das dortige Inlandspreinsniveau. Gegenüber dem Pfund Sterling wurde, gemessen am Verbraucherpreisindex³, die D-Mark im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1978 real um 8, gegenüber der Lira um nicht weniger als 16 Prozentpunkte aufgewertet. Da Pfund und Lira aber auch gegenüber anderen wichtigen Währungen übermäßig abgewertet wurden, nahm der Inflationsimport für beide Länder drastische Ausmaße an und führte zu einer sich selbst nährenden Spirale aus Abwertung und Preissteigerung, noch begünstigt durch Erwartungen sowohl der Devisenhändler als auch der Unternehmen und Gewerkschaften.

Sowohl in Großbritannien als auch in Italien war man — insbesondere 1976 — den übermäßigen Kursverlusten von Pfund und Lira ganz bewußt nicht entgegengetreten, weil die Meinung vorherrschte, man könne dank der so erworbenen Wettbewerbsvorteile Wachstum und Beschäftigung nachhaltig beleben. Daraus entstand bei den Kritikern eines europäischen Währungssystems die Befürchtung, daß jede durch das EWS ermöglichte zusätzliche Kreditlinie, die den außenwirtschaftlichen Spielraum vergrößert, unverzüglich und vollständig in eine entsprechend expansivere Geld- und Fiskalpolitik umgesetzt werde. Dies werde noch dadurch begünstigt, daß der Zinsvorteil solcher Beistandskredite im Vergleich zu den härteren Marktkonditionen geradezu zur Inanspruchnahme verleiten müsse⁴.

Hilfreicher Prioritätswandel

Inzwischen ist es aber zu einem grundlegenden Wandel in der wirtschaftspolitischen Strategie der beiden Problemländer gekommen. Der durch die reale Abwertung ausgelöste zusätzliche Inflationsschub machte nämlich sehr bald eine restriktivere Geld- und Finanzpolitik erforderlich und erschwerte insbesondere in Großbritannien die Einkommenspolitik. Diese hatte nach langem Bemühen — unterstützt durch eine zunehmende Erdölförderung — Früchte zu tragen begonnen: So nahm Großbritannien den mittelfristigen Beistand der Gemeinschaft nicht in Anspruch und leistete sogar auf verschiedene Langfristkredite aus dem Ausland hohe vorzeitige Rückzahlungen. Auch Italien hat den 1974 aufgenommenen mittelfristigen Beistandskredit vorzeitig zurückgezahlt. In der Tat gelang es den beiden Ländern 1978, die Inflationsraten stark zu verringern, in Großbritannien sogar bei höherem Wachstumstempo — Ausdruck dafür, daß der soziale Dialog den wirtschaftspolitischen Zielkonflikt verringern half.

Ist ein originäres Interesse an der Preisstabilisierung vorhanden, so ist also auch die Gefahr des Mißbrauchs zusätzlicher Kredite gering. Vielmehr

können in dieser Situation wirtschaftspolitische Auflagen eine willkommene Hilfestellung bieten. Aus integrationspolitischer Sicht ist es daher naheliegend, sich der Möglichkeit des ständigen Dialogs sowie von Auflagen an Zentralbank und Regierung des Kreditnehmerlandes im Rahmen des EWS-Mechanismus als eines wirksamen Konvergenz-instrumentes zu bedienen. Zwar kann eingewendet werden, daß der wirtschaftspolitische Kurswechsel in Großbritannien eingetreten ist, ohne daß dieses Land sich am EWS beteiligt. Großbritannien strebt aber die Mitgliedschaft an. Außerdem hatte das Land im Zusammenhang mit dem IWF-vermittelten Konsortialkredit von 1976 strenge Auflagen akzeptiert. Im EG-Rahmen entsprechen ihnen prinzipiell die an die Gemeinschaftsanleihen zugunsten Italiens und Irlands von 1976 und 1977 geknüpften Bedingungen. So hat diese Praxis auf supra- wie internationaler Ebene bereits Erfolge verbuchen können⁵. Bei den hier erteilten Auflagen handelt es sich nicht etwa um unverbindliche Richtwerte mit Empfehlungscharakter, sondern um genau quantifizierte Vorgaben, die im Rahmen eines Überwachungsverfahrens regelmäßig auf Einhaltung geprüft und der konjunkturellen Situation angepaßt werden⁶.

Freilich besteht trotz des drohenden Entzugs der Kreditzusagen stets die Möglichkeit, daß sich diese Auflagen unter dem Druck der jeweiligen binnenwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräftekonstellation nicht voll einhalten lassen. Und in der Tat sind in Großbritannien die Stabilisierungserfolge derzeit von der einkommenspolitischen Seite her wieder stark in Frage gestellt. Hinzu kommt hier die Erhöhung der Mehrwertsteuer um nicht weniger als 7 Punkte mit ihren direkten und indirekten Inflationswirkungen. Die dritte Graphik, in der für jedes EG-Land die Zielrealisationen im Jahre 1978 und — soweit Daten verfügbar waren — im Winterhalbjahr 1978/79 auf den jeweiligen Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 normiert sind, zeigt, daß der

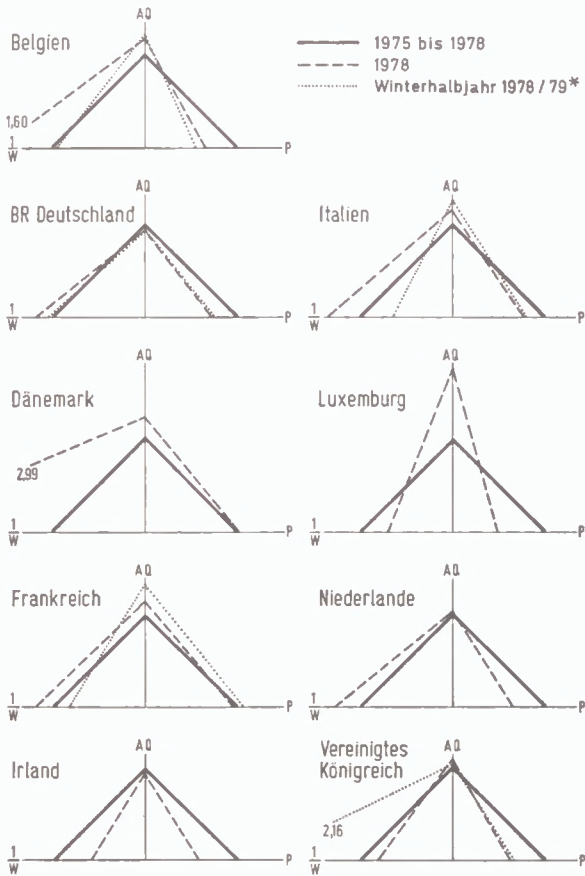
³ Der Verbraucherpreisindex enthält preiseempfindliche „non tradeables“ und ist demzufolge, aber auch weil sich die im Preis überproportional gestiegenen Importe bereits in ihm niedergeschlagen haben, im Vergleich zu den „tradeables“ überhöht. Dadurch wird der Abwertungseffekt unterzeichnet. Andererseits können innerhalb der Gruppe der „tradeables“ die Einfuhrpreise schwächer steigen als die Inlandspreise. Die Rechnung hat daher nur Modellcharakter.

⁴ Vgl. H. Lehment, Der Bremer Plan für ein Europäisches Währungssystem — zurück nach Bretton Woods? Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 59, Oktober 1978.

⁵ Vgl. auch H. Mayrzedt, Erfahrungen mit der multilateralen Wirtschaftsdiplo-matie zwischen westlichen Industriestaaten. In: Außenwirtschaft, Heft III, September 1978, insbesondere S. 271.

⁶ Für den Gemeinschaftsbereich vgl. z. B. die Entscheidung des Rates vom 10. Oktober 1978 zur Anpassung der Entscheidung 77/359/EWG über wirtschaftspolitische Auflagen für die italienische Republik (78/840/EWG). In: Amtsblatt der EG Nr. L 291 vom 17. 10. 1978, S. 12 ff.

Entwicklung simultaner Zielrealisationen in den einzelnen EG - Ländern Durchschnitt 1975 bis 1978 = 1



* 4. Quartal 1978 und 1. Quartal 1979 (Frankreich nur 4. Quartal 1978). Die Darstellung ist auf Länder mit vierteljährlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung beschränkt

Quelle: eurostat, Eurostatistiken, Daten zur Konjunkturanalyse, Heft 7A, 1979

DIW 79

Zielkonflikt in Großbritannien, der 1978 erheblich gemildert werden konnte, sich in jüngerer Zeit wieder ausgeprägter darstellt. Die derzeitige Stärke des Pfundes hängt zweifellos mit der Zahlungsbilanzentlastung durch das Nordseeöl und nicht mit Stabilisierungserfolgen zusammen.

Einkommenspolitik ist weitgehend Sache der sozialen Gruppen. Diese sind es denn auch vor allem, die das EWS mit am meisten beargwöhnen, weil sie — unter dem Vorwand, Regierung und Notenbank würden an wirtschaftspolitischer Autonomie einbüßen — Verlust von eigenem Einfluß im Verteilungskonflikt fürchten. Um so wichtiger wäre es aber, daß die EG-Partner den Regierungen der Länder mit hoher Inflationsrate nicht die Rücken- deckung versagen.

Darüber hinaus ist zu fragen, ob das EWS nicht die Bereitschaft zu einem innergemeinschaftlichen Finanzausgleich erhöht. Das DIW hat wiederholt dargelegt, daß ohne einen höheren Ressourcentransfer in die wirtschaftlich schwächeren und/oder regional unausgewogeneren EG-Länder kaum mit der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion zu rechnen ist, weil nur durch einen solchen Transfer die Konfliktlage zwischen dem Wachstums- und dem Stabilitätsziel in diesen Ländern soweit entschärft werden kann, daß es ihnen möglich wird, eine konsequente Stabilitätspolitik mitzuvollziehen⁷. Der Ressourcentransfer hat in der Tat einen wichtigen Platz im gesamten Programmpaket des EWS⁸. Auch konkrete Schritte wurden unternommen. So wurden die neuen Zinszuschüsse für Entwicklungskredite an Irland und Italien⁹ mit einer Jahrestanche von 200 Mill. ERE wie geplant erstmals in den Haushalt 1979 eingebracht. Außerdem hat das Europäische Parlament die Mittel des Europäischen Regionalfonds kräftig heraufgesetzt. Diese Maßnahme stand zwar nicht in direktem Zusammenhang mit dem EWS, wurde aber dadurch inspiriert.

Ökonomie statt Prestige

Es sind ausschließlich diese politischen Anstoßwirkungen in Richtung auf ein europäisches Solidarverhalten, die das System attraktiv machen. Davon dürfen die insgesamt sehr komplizierten technischen Regelungen nicht ablenken. Diese Wirkungen vernachlässigen, hieße den Integrationsprozeß zu ökonomistisch sehen. Dies schließt nicht aus, daß das ökonomische Grundanliegen — Kursstabilisierung so weit wie möglich — zentraler Ansatzpunkt des täglichen Systemmanagements sein muß. Das EWS muß in der Lage sein, überakzentuierte Kursschwankungen zu verhindern, d. h. im längerfristigen Mittel das reale Austauschverhältnis annähernd konstant zu halten, es kann aber nicht ohne Rücksicht auf die wohl noch lange währende Unterschiedlichkeit der wirtschaftspolitischen Konfliktlagen betrieben

⁷ Um mittelfristig wirksam zu sein, müßte ein solcher Transfer eine Größenordnung von jährlich ca. 3 Mrd. ERE (knapp 8 Mrd. DM) erreichen. Vgl. dazu Fritz Franzmeyer und Bernhard Seidel, Zum Investitions- und Finanzierungsbedarf eines beschäftigungsorientierten europäischen Finanzausgleichs — Budgetäre Redistributionswirkungen und Integrationsimpulse in einer präförderativen Phase der Europäischen Gemeinschaft. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Nr. 2/1979.

⁸ Vgl. Entschließung des Europäischen Rates vom 5. Dez. 1978 über die Errichtung des Europäischen Währungssystems (EWS) und damit zusammenhängende Fragen. Abgedruckt u. a. in Textsammlung zum Europäischen Währungssystem, herausg. vom Ausschuß der Zentralbankpräsidenten der EG-Mitgliedstaaten und vom Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, 1979, S. 49 ff.

⁹ Insgesamt 5 Mrd. ERE über 5 Jahre.

werden. Dazu erscheint eine Kombination aus Kursbandbreiten und Stufenflexibilität durchaus als der geeignete Rahmen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen indes zwei Gefahren:

Erstens gehen Konsultation und Abstimmung wirtschaftspolitischer Maßnahmen noch nicht weit genug; insbesondere mangelt es an einer einmütigen Haltung gegenüber dem Dollar, die das System viel weniger störanfällig machen würde. Deutlich wurde dies, als der belgische Franc die Abweichungsschwelle erreichte. Zwar gelang, formal gesehen, die mit Hilfe des Abweichungsindikators objektivierte wirtschaftspolitische Abstimmung so gut, daß die Störung beseitigt wurde. Es darf aber nicht übersehen werden, daß der Zwang zum Handeln erst durch das schon oben erwähnte, nicht abgesprochene Maßnahmenpaket der Bundesbank entstand. Konsequenterweise laufen derzeit Bemühungen um eine bessere Abstimmung der Wechselkurs- und der Zinspolitik; darüber hinaus ist der Rat mit einer Reihe von Vorschlägen der niederländischen Regierung für eine generell bessere Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft befaßt. Der Bundesrepublik wird dabei kraft ihres hohen Wirtschaftspotentials die delicate Rolle zuteil, den Stabilitätspart zu spielen, ohne zu majorisieren.

Zum zweiten wurde im Zusammenhang mit den Spannungen zwischen einzelnen EWS-Währungen sowohl aus Kreisen der Gemeinschaft als auch der nationalen Regierungen erklärt, im Interesse der Glaubwürdigkeit des Systems dürfte es nicht schon jetzt zu Änderungen der Leitkurse kommen. Hier liegt die Problematik der Stufenflexibilität: Aus Prestigedenken könnte künftig der rechte Augenblick zur Anpassung versäumt werden, zum abschließlichen Nutzen der Spekulation.

Bei der ersten größeren Belastung im Mai/Juni war allerdings nur das (Prestige-)Argument falsch; die Entscheidung, die Leitkurse nicht anzupassen, erweist sich im Lichte der seitherigen Kursentwicklung als richtig, denn es wurden ja tatsächlich Konvergenzmaßnahmen ergriffen. Auf Dauer funktionieren kann das System aber nur, wenn es auch ökonomisch rational gehandhabt wird. Die ökonomische

Rationalität eines Verzichts auf häufige Korrektur der Leitkurse liegt darin, daß kurzfristig kaum ein Zusammenhang zwischen Binnen- und Außenwert einer Währung besteht. Dies zeigte sich beim EWS, als die D-Mark anfangs gegenüber allen anderen beteiligten Währungen mit Ausnahme des belgischen Franc zur Schwäche tendierte. Es zeigt sich noch eindrucksvoller in der vom inländischen Preisklima her nicht begründbaren Stärke der Lira im gesamten bisherigen Verlauf seit Errichtung des Systems. Außerdem können wie im Falle des britischen Nordseeöls strukturell entlastende Faktoren wirksam sein: Nicht wie unter dem Regime der „Schlange“ aus Schwäche, sondern aus unverhoffter Stärke zögert Großbritannien derzeit, dem Kursverbund beizutreten.

Auf lange Frist ist es dagegen unstrittig, daß der Binnenwert einer Währung auch auf ihren Außenwert ausstrahlt. Indes können Fehlentscheidungen daraus resultieren, daß aus Mängeln der Analyse das Ausmaß einer kurzfristigen „Anomalie“ nicht erkannt wird. Je glaubhafter aber die Konvergenz der Wirtschaftspolitik praktiziert wird, desto geringer werden die spekulationsbedingten Ausschläge und damit die Gefahr der Fehleinschätzung. Inwieweit es dabei auch zu Leitkursänderungen kommt, sollte davon abhängig gemacht werden, ob die zur Kursstabilisierung für erforderlich gehaltene Dosierung der Stabilisierungsmaßnahmen eines Landes im konkreten Fall zumutbar erscheint. Eine so zustande gekommene Kursanpassung kann durchaus auch einmal von den – ja erst im nachhinein erkennbaren – Langfristerfordernissen abweichen. Sie ist schließlich revidierbar. Dies setzt jedoch Routinecharakter von Leitkursänderungen voraus. Routine heißt nicht Turnus. Im Interesse eines ruhigen Klimas an den Devisenbörsen wäre es abwegig, wenn Notenbanken und Regierungen auf ihren Arbeitssitzungen regelmäßig ein Realignment beschließen würden. Auch von der Sache her erschiene dies widersinnig. Die Anpassungsintervalle lassen sich nicht generell beziffern, sie variieren und werden von der jeweiligen Konfliktlage bestimmt. Im Zweifel sollte aber ein Zeitraum von einem halben bis zu einem Dreivierteljahr auch einmal nicht zu kurz sein dürfen.

Regionale Unterschiede der Wohnungsqualität in der DDR

Die Wohnungsversorgung ist in der DDR auf den ersten Blick gesehen keinesfalls ungünstig. Anfang Juli 1979 gab es fast 6,8 Mill. Wohnungen. Bei einer Wohnbevölkerung von 16,7 Mill. Personen entspricht das 403 Wohnungen je 1 000 Einwohner (1970: 355). Die gleiche Kennziffer betrug in der Bundesrepublik Deutschland 406 (1970: 341) bei einem Bestand von 24,9 Mill. Wohnungen. Auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern schneidet die DDR günstig ab: Nach Zahl der Wohnungen je 1 000 Einwohner weist sie etwa den gleichen Versorgungsgrad auf wie Österreich (1977: 393); übertroffen wird sie neben der Bundesrepublik lediglich von Schweden (1975: 429), Dänemark (1977: 432), Frankreich (1975: 399), der Schweiz (1977: 411) und Belgien (1976: 403)¹.

Bei dieser Gegenüberstellung müssen allerdings die Unterschiede in der durchschnittlichen Wohnungsgröße unberücksichtigt bleiben, da entsprechende Vergleichsangaben meist fehlen. In Westdeutschland sind die Wohnungen durchschnittlich immerhin um ein Drittel größer als in der DDR (78 qm gegenüber 58 qm). Deshalb stehen gegenwärtig in der Bundesrepublik je Einwohner 31 qm Wohnfläche zur Verfügung gegenüber 23 qm in der DDR. Dies ist Ausdruck einer in der DDR weit aus geringeren Wohnungsbauleistung: Zu vergleichbaren Preisen gerechnet liegt dort das Wohnungsbauvolumen je Einwohner bei zwei Dritteln des westdeutschen Wertes; 1970 waren es knapp 40 vH, 1960 aber nur rund ein Drittel².

Werden qualitative Merkmale in die Analyse mit einbezogen, so zeigt die DDR einen bemerkenswerten Rückstand. Die Hälfte des DDR-Bestandes (in der Bundesrepublik nur ein Viertel) ist bis 1918 gebaut worden, lediglich 30 vH aller Wohnungen entstanden nach dem Kriege (in der Bundesrepublik hingegen über 60 vH). Aus diesem hohen Altbestand resultiert ein starkes Zurückbleiben der Ausstattung mit Heizung und sanitären Anlagen, aber auch ein häufig bedenklicher baulicher Zustand der Wohngebäude. Dies umso mehr, als die Instandsetzung und Sanierung der veralteten Wohngebäudesubstanz jahrzehntelang zugunsten der Investitionstätigkeit in den produzierenden Bereichen stark vernachlässigt worden sind.

Erst als nach Auswertung der Ergebnisse der letzten Wohnungszählung deutlich wurde, wie unbefriedigend der Zustand großer Teile des Wohnungsbestandes Anfang der siebziger Jahre war, sah sich die Wirtschaftsführung genötigt, der Erhaltung und Modernisierung des Altbestandes mehr Raum zu geben und den Wohnungsneubau zu forcieren. Dies dürfte der Hauptgrund dafür sein, daß das lang-

fristige Wohnungsbauprogramm bis 1990 gerade in den Jahren 1972/73 entwickelt worden ist³.

Bauzustand der Wohngebäude 1971

Mit der Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1. Januar 1971 wurden folgende Mängel festgestellt:

- Nur ein Fünftel aller Wohnungen in Wohngebäuden befand sich in gutem Zustand (Bauzustandsstufe I), in den Bezirken Cottbus, Gera und Rostock war es allerdings fast jede dritte Wohnung. Knapp zwei Drittel des Bestandes wiesen leichte Schäden (Bauzustandsstufe II) und 15 vH

Bauzustand der Wohnungen und Altbestände in der DDR am 1. Januar 1971

Bezirke	Anteil der Bauzustandsklassen ¹⁾ am Wohnungsbestand ²⁾ in vH				Anteil der vor 1919 gebauten Wohnungen in vH
	I	II	III	IV	
DDR, insgesamt	20,3	63,9	14,7	1,0	56,7
<u>Berlin (Ost)</u>	20,1	60,4	18,5	0,8	54,5
<u>Nordbezirke</u>	26,8	54,0	17,5	1,6	51,4
Neubrandenburg	25,5	55,5	17,0	1,8	51,3
Rostock	28,9	52,4	17,0	1,6	47,0
Schwerin	25,2	54,5	18,6	1,4	57,8
<u>Mittelbezirke</u>	22,0	61,8	14,8	1,3	49,8
Cottbus	29,8	58,7	10,4	1,0	42,1
Frankfurt	23,9	56,8	17,6	1,6	41,1
Magdeburg	19,6	61,6	17,4	1,2	62,0
Potsdam	17,5	67,4	13,5	1,4	46,5
<u>Ballungsbezirke</u>	17,2	68,5	13,5	0,8	60,9
Dresden	17,1	65,0	16,9	0,8	60,8
Halle	19,8	63,5	15,5	1,2	55,1
Karl-Marx-Stadt	15,0	75,3	9,3	0,4	64,8
Leipzig	17,3	69,0	12,9	0,8	62,2
<u>Südwestbezirke</u>	22,5	61,2	14,1	0,9	60,2
Erfurt	21,6	61,2	15,8	1,3	61,1
Gera	28,7	54,5	12,1	0,5	60,8
Suhl	16,0	70,1	13,1	0,7	57,1

1) Bauzustandsklassen: I: gut erhalten; II: geringe Schäden; III: schwerwiegende Schäden; IV: unbewohnbar. - 2) Nur Wohngebäude.

Quelle: Berechnungen des DIW anhand der Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1.1.1971.

¹ Angaben gemäß United Nations. Economic Commission for Europe. Annual Bulletin of Housing and Building Statistics for Europe. New York 1978, S. 14 ff.

² Vgl. hierzu: Wohnungsversorgung und Wohnungsqualität in der DDR. Bearb.: Manfred Melzer. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 30/1978, S. 291 ff.

³ Das Wohnungsbauprogramm ist 1973 auf der 9. und 10. Tagung des ZK der SED festgelegt und vom Minister für Bauwesen erläutert worden. Vgl. Neues Deutschland vom 4. 10. 1973, S. 5 ff.

schwere Mängel (Bauzustandsstufe III) auf. 1 vH wurde als unbewohnbar (Bauzustandsstufe IV) klassifiziert.

- Eine Regionalanalyse nach Kreisen zeigt große Unterschiede: In 47 der damaligen 218 Stadt- und Landkreise der DDR waren mehr als 25 vH der Wohnungen in gutem Zustand; dagegen mußte in 52 Kreisen jede fünfte Wohnung offiziell in die Zustandsgruppen III und IV eingestuft werden, in Eberswalde, Hagenow und im Landkreis Stralsund sogar jede dritte.
- Auffällig ist, daß nicht etwa die privaten Wohngebäude, sondern vielmehr jene in Volkseigentum ungünstiger abschnitten: Bei ihnen waren 1971 in 76 Kreisen mehr als 20 vH der Wohngebäude stark baufällig. In 20 Kreisen mußten mehr als 3 vH des Bestandes, in Pasewalk sogar 8 vH für unbewohnbar erklärt werden.
- Ein überdurchschnittlich hoher Anteil baufälliger Wohnungen befand sich in den Großstädten und in kleineren Gemeinden, nicht aber bei mittleren Gemeindegrößen. Beim Ausstattungsgrad lag ein deutliches Gefälle zu Lasten kleinerer Gemeinden vor. Die Wohnungen der Stadtkreise waren weit- aus besser ausgestattet als die der Landkreise, wiesen aber auch erhebliche Bauschäden auf.
- In 180 Stadt- und Landkreisen belief sich der Anteil der Wohnungen, die gleichzeitig über Zentralheizung, Bad bzw. Dusche sowie Innentoilette verfügten, noch nicht einmal auf 10 vH. Ohne Wasserleitung waren in 18 Kreisen über 40 vH und in weiteren 42 Kreisen rund ein Drittel des Bestandes. Lediglich in den neu aufgebauten Städten Eisenhüttenstadt (über 50 vH), Schwedt (über 85 vH) sowie Halle-Neustadt (99 vH) ent-

sprach die Ausstattung des überwiegenden Teils der Wohnungen den heutigen Anforderungen.

- In 6 der 15 Bezirke entfielen über 60 vH und in weiteren 5 Bezirken mehr als die Hälfte des Bestandes auf vor 1919 gebaute Wohnungen, deren Komfort besonders zurückgeblieben ist. Bei ihnen hatte nur jede zwanzigste Wohnung Zentralheizung und nur jede vierte eine Innentoilette und ein Bad. Die Altbestände konzentrierten sich besonders auf die Südwestbezirke sowie die Ballungsgebiete.

Die Vernachlässigung des Altbaubestandes ist darauf zurückzuführen, daß das aus sozialpolitischen Gründen niedrig gehaltene Mietenniveau weder dem privaten Hausbesitz, in dem sich fast 60 vH aller Wohngebäude befinden, noch den kommunalen Wohnungsverwaltungen und -genossenschaften die Finanzierung selbst der dringendsten Überholungsarbeiten erlaubte. Noch immer werden für Neubauten je qm Wohnraum 0,80 bis 1,25 Mark Miete bezahlt⁴ (in der Bundesrepublik im Durchschnitt 5,— DM für seit Kriegsende errichtete Wohnungen, bei den letzten Baujahrgängen 6,— bis 8,— DM); die Altbaukosten sind auf dem Stand von 1938 eingefroren. Der auf Mieten entfallende Anteil des Haushaltseinkommens beträgt deshalb in der DDR nur 3,5 vH gegenüber 12,5 vH in Westdeutschland. Dafür wendet die DDR hohe Subventionen „zur Gewährleistung stabiler Mietpreise für die Bevölkerung“ auf, allein 1978 waren es 1,4 Mrd. Mark.

Vernachlässigt wurde in der DDR nicht nur die Sanierung sondern auch der Abriß verfallener oder

⁴ Haushalte mit einem Familieneinkommen von mehr als 2 000 Mark zahlen bis zu einem Drittel mehr.

Wohnungsbauleistungen in der DDR 1971 bis 1. Halbjahr 1979

Jahr	Fertiggestellte Wohnungen ²⁾							Wohnungs- abgänge, gesamt
	insgesamt	im Neubau		im Um- und Ausbau	als Moder- nisie- rung	Geschaffene Wohnfläche ³⁾		
		gesamt	dar.: Eigenheime			gesamt	je Wohnung	
Anzahl						1000 m²	m²	Anzahl
1971	86 777	65 021	2 198	11 109	10 647	4 398	57,8	} 33 343
1972	117 026	69 552	2 437	16 349	31 125	4 905	57,1	
1973	125 769	80 725	5 189	15 493	29 551	5 573	57,9	
1974	138 301	88 312	9 549	14 938	35 051	6 201	60,1	
1975	140 793	95 976	11 207	12 214	32 603	6 523	60,3	15 655
1976	150 617	103 091	11 110	11 600	35 926	6 869	59,9	25 744
1) 1977	162 745	106 826	11 784	4) 10 568	4) 45 351	7 097	60,5	5) 29 583
1978	167 799	111 909	11 913	10 000	45 890	7 318	60,0	30 500
1. Halbjahr 1979 ¹⁾	74 121	52 042	6 378	4) 4 000	4) 18 079	5) 3 363	5) 60	5) 14 000

1) Vorläufig. - 2) Neu-, Um- und Ausbau sowie Modernisierung. - 3) Durch Neu-, Um- und Ausbau. - 4) Aufteilung geschätzt. - 5) Geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1979; Planerfüllungsberichte (Neues Deutschland vom 19.1.1979 bzw. 14./15.7.1979) sowie Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Regionale Wohnungsbauleistung 1971 bis 1978¹⁾

Bezirke	Fertiggestellte Wohnungen ²⁾									Wohnungsabgänge
	insgesamt	im Neu-, Um- und Ausbau			als Modernisierung					
		Neubau	Um- und Ausbau	gesamt je 1000 Einwohner ³⁾	gesamt	davon: nach Kategorien 4)			Modernisierungsquote ⁵⁾	
						I	II	III		
		gesamt								insgesamt
DDR, insgesamt	1089 837	721 422	102 271	48,8	266 144	54 137	157 386	54 621	5,57	166 804
<u>Berlin(Ost)</u>	94 838	63 943	9 414	66,6	21 481	1 962	14 059	5 460	6,18	33 204
<u>Nordbezirke</u>	158 401	113 315	8 529	58,3	36 557	5 505	21 548	9 504	7,85	21 061
Neubrandenburg	49 549	33 321	1 722	55,7	14 506	1 645	9 398	3 463	10,57	8 611
Rostock	67 334	52 387	3 763	64,6	11 184	1 333	5 837	4 014	6,17	6 309
Schwerin	41 518	27 607	3 044	51,7	10 867	2 527	6 313	2 027	7,38	6 141
<u>Mittelbezirke</u>	275 707	182 116	22 047	51,3	71 544	15 189	39 221	17 134	6,81	31 003
Cottbus	62 188	45 104	4 071	56,3	13 013	1 383	9 046	2 584	6,58	7 191
Frankfurt	55 583	39 378	2 269	60,7	13 936	2 175	7 181	4 580	8,62	6 615
Magdeburg	95 258	55 879	10 028	50,9	29 351	8 891	14 169	6 291	7,77	12 813
Potsdam	62 678	41 755	5 679	42,2	15 244	2 740	8 825	3 679	4,88	4 384
<u>Ballungsbezirke</u>	397 939	254 110	45 953	41,9	97 876	23 635	57 555	16 686	4,42	68 755
Dresden	96 965	64 947	10 955	41,2	21 063	4 310	12 262	4 491	3,70	13 887
Halle	110 694	74 557	10 788	45,3	25 349	4 001	15 633	5 715	4,84	12 001
Karl-Marx-Stadt	103 325	64 622	13 393	39,2	25 310	7 949	13 390	3 971	3,79	21 353
Leipzig	86 955	49 984	10 817	41,9	26 154	7 375	16 270	2 509	5,76	21 514
<u>Südwestbezirke</u>	162 952	107 938	16 328	49,1	38 686	7 846	25 003	5 837	5,55	12 781
Erfurt	75 210	52 315	6 517	47,3	16 378	3 049	10 992	2 337	4,90	6 386
Gera	55 802	36 056	5 991	57,0	13 755	2 893	8 791	2 071	6,62	4 420
Suhl	31 940	19 567	3 820	42,5	8 553	1 904	5 220	1 429	5,49	1 975

1)1978 vorläufig bzw. vom DIW geschätzt.-2)Neu-, Um- und Ausbau sowie Modernisierung.-3)Anzahl der neu-, um- und ausgebauten Wohnungen mit dem Durchschnitt der jeweiligen Wohnbevölkerung (per 31.12.) in den Jahren 1971 bis 1978.-4)Kategorien = I: Wasseranschluß, Innentoilette, Abwasserbeseitigung; II: wie I, zusätzlich Bad bzw. Dusche und Warmwasserbereitung; III: wie II, zusätzlich modernes Heizsystem.-5)Anzahl der 1971 bis 1978 modernisierten Wohnungen in vH des Bestandes der vor 1945 gebauten Wohnungen am 1.1.1971.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1979; Planerfüllungsberichte 1978 der Bezirke sowie Schätzungen und Berechnungen des DIW.

wegen nicht durchgeführter Reparaturen vorzeitig abgenutzter Altwohnungen. Die jährliche Aussonderungsquote erreichte 1960 bis 1975 lediglich knapp 0,3 vH des Bestandes — in den vergangenen drei Jahren immerhin 0,4 vH —, das ist nur etwa halb soviel wie in westlichen Ländern. Seit 1971 wird lediglich in 4 der 11 Bezirke mit hohen Altbeständen (Berlin (Ost), Neubrandenburg, Leipzig und Schwerin) überdurchschnittlich abgerissen. Der Bezirk Frankfurt verzeichnet hingegen erhöhte Abgänge bei nur relativ geringem Altbestand.

Die Wohnungsbauleistungen seit 1971

Seit Anfang der siebziger Jahre wird die Sanierung von Altbauten in die Pläne aufgenommen und ihre Finanzierung mit Haushaltsmitteln und Krediten geregelt. So wurden 1978 aus dem Staatshaushalt für Baureparaturen und Modernisierungen 1,2 Mrd. Mark gezahlt gegenüber 1,8 Mrd. Mark für den Wohnungsneubau sowie weiteren 1,8 Mrd. Mark für Zinsen, Tilgung und Zuschüsse für Neubaukredite⁵.

Somit wurde neben dem Neubau, der nahezu kontinuierlich von jährlich 65 000 Wohnungen (1971

auf 110 000 Wohnungen (1978) gestiegen ist, und neben dem Um- und Ausbau weiterer 10 000 bis 16 000 Wohnungen pro Jahr die Modernisierung veralteter Bestände vorangetrieben. Die Zahl der modernisierten Wohnungen⁶ erhöhte sich ziemlich rasch von knapp 11 000 Wohnungen (1971) auf fast 46 000 Wohnungen (1978). Von den insgesamt in den Jahren 1971 bis 1978 modernisierten Wohnungen entfielen knapp 60 vH auf die Kategorie II sowie je rund 20 vH auf die Kategorien I und III⁷.

Die Verteilung der Neu- und Ausbauleistungen auf die Bezirke zeigt deutliche Unterschiede: Je 1 000

⁵ Vgl. Neues Deutschland vom 29. 6. 1979, S. 3.

⁶ Die Modernisierung darf durchschnittlich 35 vH und im Höchstfall 70 vH der Aufwendungen einer Neubauwohnung kosten, wobei die Restnutzungsdauer der Wohnung um mindestens 30 Jahre verlängert werden soll. Vgl. Sozialistische Demokratie vom 28. 1. 1972, S. 5.

⁷ Es werden drei Kategorien der Modernisierung unterschieden: Mindestens ist der Einbau von Be- und Entwässerung sowie modernem Herd und Innentoilette vorgesehen (Kategorie I); vielfach wird auch die Ausstattung mit Bädern, Duschen und Warmwasserbereitungsanlagen durchgeführt (Kategorie II). Nur die dritte Kategorie umfaßt auch den Einbau einer Zentralheizungsanlage.

Einwohner wurden am meisten Wohnungen gebaut in dem schon seit langem bevorzugten Berlin (Ost) sowie in den Bezirken Rostock, Frankfurt, Gera, Cottbus und Neubrandenburg. Am ungünstigsten schneiden hingegen die bevölkerungsstarken Bezirke Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig ab, aber auch Potsdam und Suhl.

Der Umfang der bezirksspezifischen Bauleistungen ist nur zum Teil durch die Höhe des bisher erreichten Versorgungsniveaus sowie durch die Altersstruktur bestimmt. So gehören von den sechs Bezirken mit relativ hoher Wohnungsbauleistung lediglich zwei (Rostock und Neubrandenburg) zu jenen mit erheblich unterdurchschnittlicher Versorgung, demgegenüber war gerade Berlin schon seit langem am besten versorgt. In Frankfurt und Cottbus waren zudem die Altbestände relativ gering, Cottbus und Gera gehörten sogar zu den Regionen mit den wenigsten Mängeln an der Bausubstanz. Von den fünf Bezirken mit stark unterdurchschnittlicher Bauleistung zeigen zwar die drei Bezirke der Ballungsgebiete ein günstiges Versorgungsniveau, bei Suhl ist es jedoch wenig erfreulich. Mit Ausnahme von Potsdam läßt die Altersstruktur aller dieser Bezirke sehr zu wünschen übrig.

Die Durchschnittsgröße der von 1971 bis 1978 gebauten Wohnungen differiert von Bezirk zu Bezirk nur wenig. Sie schwankt lediglich zwischen knapp 57 qm in Berlin-Ost und 61 qm in Cottbus, bei einem DDR-Durchschnitt von gut 59 qm. Diese geringen Unterschiede der durchschnittlichen Wohnungsgröße sind vornehmlich auf das starke Vordringen der Montagebauweise (1978: 84 vH der Neubauwohnungen) mit standardisierten Abmessungen der Betonteile zurückzuführen⁸.

Wie beim Neubau war auch bei der Modernisierung die regionale Verteilung keinesfalls ausgeglichen. Bezieht man die seit 1971 in den Bezirken modernisierten Wohnungen auf den 1971 registrierten Vorkriegsbestand, so zeigen sich deutliche Divergenzen: In den Ballungsbezirken wurde relativ wenig modernisiert, obwohl dort viele Wohnungen schon vor 1919 gebaut worden sind, in den weniger überalterten Nordbezirken hingegen am meisten. Die vier Bezirke mit der höchsten Modernisierungsquote sind Neubrandenburg, Frankfurt, Magdeburg und Schwerin, am niedrigsten ist sie in Dresden und Karl-Marx-Stadt – zwei Bezirke mit besonders hohen Altbeständen.

Die heutige Ausstattung der Wohnungen

Aufschluß über das gegenwärtige Ausstattungsniveau der Wohnungen kann vermittels einer Fortschreibung der Ergebnisse der Wohnungszählung von 1971 gewonnen werden. Neben Neubauleistung und Abriß wird auch die Modernisierung berücksichtigt. Um dabei die regionalen Unterschiede möglichst genau darstellen zu können, wurden die Berechnungen nicht nur nach Bezirken, sondern auch nach Kreisen durchgeführt. Hierzu konnte auf einige Daten der Bezirksstatistik sowie auf vielfältige Einzelangaben der DDR-Bezirkspresse zurückgegriffen werden, die allerdings um Schätzungen zu ergänzen waren.

Danach verfügen heute 22 vH aller DDR-Wohnungen über Zentralheizung (1971: 11 vH), die Hälfte ist mit Bad bzw. Dusche (1971: 39 vH) und mit Innentoilette (1971: 42 vH) ausgestattet, 89 vH der Wohnungen haben Wasseranschluß (1971: 82 vH). Dieses

⁸ Anzumerken bleibt allerdings, daß sich die Durchschnittsgröße der in der DDR gebauten Wohnungen seit Anfang der siebziger Jahre bis heute von 57 auf 60 qm erhöht hat (Bundesrepublik: von 87 auf 100 qm). Dies ist auch in der DDR die Folge des Baus größerer Eigenheime. Ihr Anteil an den Neubauten hat von gut 3 vH (1971) auf 12 vH (1979) zugenommen. Mit 60 qm Wohnfläche ist die Durchschnittswohnung in der DDR immerhin um ein Drittel größer als in den übrigen RGW-Ländern.

Daten zur regionalen Wohnflächenausstattung

Bezirke	Geschaffene Wohnfläche 1)		Wohnflächenbestand am 2)	
	1971-1978		1.1.1979	
	je Wohnung	je Einwohner	je Wohnung	je Einwohner
	m ²	m ²	m ²	m ²
DDR, insgesamt	59,3	2,9	58,1	23,3
Berlin (Ost)	56,8	3,8	56,3	25,2
Nordbezirke	59,6	3,5	58,0	21,2
Neubrandenburg	60,8	3,4	58,7	21,5
Rostock	58,7	3,8	56,1	20,3
Schwerin	59,9	3,1	59,9	22,1
Mittelbezirke	59,5	3,1	59,5	23,4
Cottbus	61,2	3,4	59,0	23,0
Frankfurt	58,3	3,5	58,4	22,5
Magdeburg	59,0	3,0	59,7	24,0
Potsdam	59,6	2,5	60,2	23,5
Ballungsbezirke	59,6	2,5	56,3	23,3
Dresden	61,1	2,5	57,1	23,5
Halle	58,9	2,7	57,6	23,0
Karl-Marx-Stadt	58,9	2,3	52,4	22,7
Leipzig	59,5	2,5	59,5	24,3
Südwestbezirke	59,8	2,9	60,4	24,0
Erfurt	59,4	2,8	59,8	23,9
Gera	60,6	3,5	60,5	24,3
Suhl	59,2	2,5	61,8	23,9

1) Durch Neu-, Um- und Ausbau. 2) DIW-Fortschreibung der Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1.1.1971.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1979; Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Wohnungsbestand¹⁾ und dessen Ausstattung 1971 und 1979

Bezirke	Wohnungsbestand am 1.1.1971 ²⁾					Wohnungsbestand am 1.1.1979 ³⁾				
	insgesamt		dar.: nach Ausstattungsmerkmalen in vH			insgesamt		dar.: nach Ausstattungsmerkmalen in vH		
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Zentralheizung ⁴⁾	Bad bzw. Dusche	Wasserleitung ⁵⁾	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Zentralheizung ⁴⁾	Bad bzw. Dusche	Wasserleitung ⁵⁾
DDR, insgesamt	6 057,0	355	10,8	38,5	82,0	6 713,9	401	21,8	50,1	89,0
Berlin (Ost)	463,7	427	14,8	58,8	98,5	503,9	447	28,1	72,3	100
Nordbezirke	663,3	316	12,8	36,5	76,0	764,1	365	26,9	51,5	85,4
Neubrandenburg	201,4	316	5,6	35,7	74,5	227,9	366	20,6	52,4	85,7
Rostock	269,2	313	18,5	39,4	77,3	319,0	363	33,0	53,8	85,3
Schwerin	192,7	322	12,2	33,1	75,9	217,2	368	24,7	47,2	85,1
Mittelbezirke	1 387,1	350	14,9	41,7	75,9	1 560,3	393	26,4	53,7	84,2
Cottbus	301,7	350	18,0	47,1	76,5	343,7	390	29,7	58,9	84,2
Frankfurt	233,9	343	16,9	44,9	77,2	269,0	385	30,6	58,8	86,6
Magdeburg	460,1	359	12,3	33,6	72,1	513,2	403	24,0	46,9	82,0
Potsdam	391,4	345	14,5	45,1	79,0	434,4	390	23,9	54,4	85,1
Ballungsbezirke	2 681,0	365	7,9	34,2	82,4	2 912,3	414	16,7	44,2	88,4
Dresden	686,5	366	7,2	33,4	79,4	748,5	412	16,5	42,9	84,8
Halle	666,5	346	11,1	38,4	80,5	739,9	400	21,4	48,9	86,6
Karl-Marx-Stadt	785,9	384	6,3	28,6	83,5	842,6	433	14,8	37,8	88,9
Leipzig	542,1	363	7,3	38,4	87,2	581,3	408	16,8	49,3	94,4
Südwestbezirke	861,9	338	9,2	37,6	86,5	973,3	386	20,4	49,2	92,7
Erfurt	412,5	328	8,8	38,0	83,5	464,9	376	19,9	49,1	89,6
Gera	259,3	351	9,2	38,4	87,0	296,9	402	21,7	51,3	94,1
Suhl	190,1	344	9,9	35,7	92,2	211,5	387	19,7	46,2	97,5

1)Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden, einschließlich Behelfsunterkünfte.-2)Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1.1.1971.-3)Fortschreibung des DIW.-4)Einschließlich Fernheizung sowie Ofenheizung für Strom, Gas und Öl.-5)In der Wohnung.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR; Statistisches Taschenbuch der DDR 1979; Ergebnisse der Wohnraum- und Gebäudezählung vom 1.1.1971 sowie Berechnungen und Schätzungen des DIW.

Niveau wurde in der Bundesrepublik bei Innentoiletten bereits in den fünfziger und bei Bad/Dusche zu Beginn der sechziger Jahre erreicht. Gegenwärtig sind bei uns rund 90 vH der Wohnungen mit Bad und WC sowie 60 vH mit Sammelheizung⁹⁾ ausgerüstet.

Die Wohnqualität ist in den Bezirken der DDR unterschiedlich. Ost-Berlin verfügt über die komfortabelsten Wohnungen und ragt deutlich über den Durchschnitt hinaus. Die Ballungsgebiete sowie Regionen im Südwesten (Suhl, Erfurt), aber teilweise auch in den übrigen Gebieten (Neubrandenburg, Schwerin, Magdeburg) weisen deutliche Ausstattungsmängel auf.

Eine Analyse nach Kreisen offenbart, wie ungünstig die qualitative Wohnungsversorgung auch heute noch in den Einzelregionen ist:

- Von den gegenwärtig 219 Stadt- und Landkreisen der DDR erreicht der Anteil der vollausgestatteten Wohnungen in 40 Kreisen nicht einmal 10 vH, in weiteren 79 Kreisen liegt er zwischen 10 und 15 vH sowie in zusätzlichen 53 zwischen 15 und 20 vH.

- Besonders rückständig ist die Ausstattung mit Zentralheizung: Lediglich in 36 Kreisen (davon 22 Stadtkreise) sind mehr als ein Viertel der Wohnungen zentralbeheizt; in weiteren 129 Kreisen besitzt nur jede fünfte bis zehnte Wohnung ein modernes Heizungssystem. In 23 Kreisen, besonders in den Ballungsbezirken sowie in Cottbus, ist noch nicht einmal jede zehnte Wohnung zentralbeheizt.

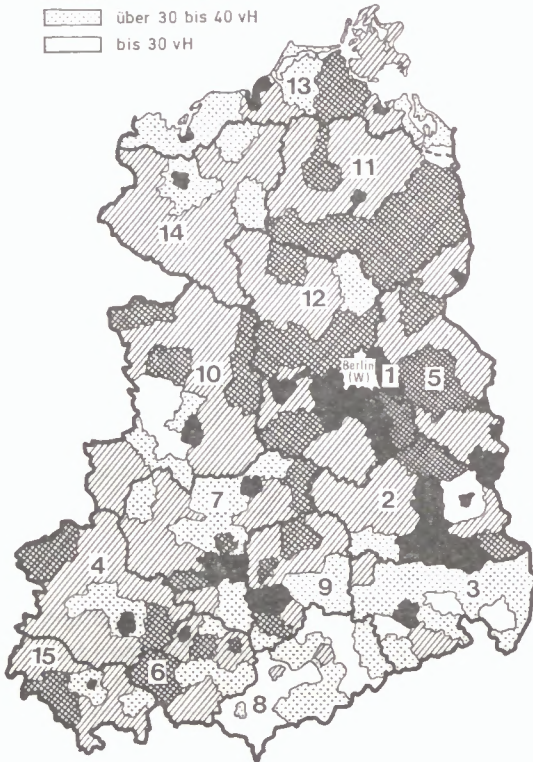
- In 26 Kreisen verfügen mehr als 60 vH der Wohnungen über Bad bzw. Dusche, in 18 Kreisen ist es hingegen noch nicht einmal jede dritte Wohnung. Bei der größten Gruppe mit 78 Kreisen entfallen auf knapp die Hälfte der Wohnungen derartige sanitäre Einrichtungen.

- Noch immer läßt die Ausstattung der Wohnungen mit Wasserleitungen zu wünschen übrig; Zwar sind heute nur noch in 3 Kreisen über 40 vH des Bestandes ohne Wasseranschluß, und in 65 Kreisen (1971: 35) sind es bereits weniger als 10 vH,

⁹⁾ Zentralheizung einschließlich Fern- und Etagenheizung, jedoch ohne Ofenheizung der Energiearten Strom, Gas und Öl.

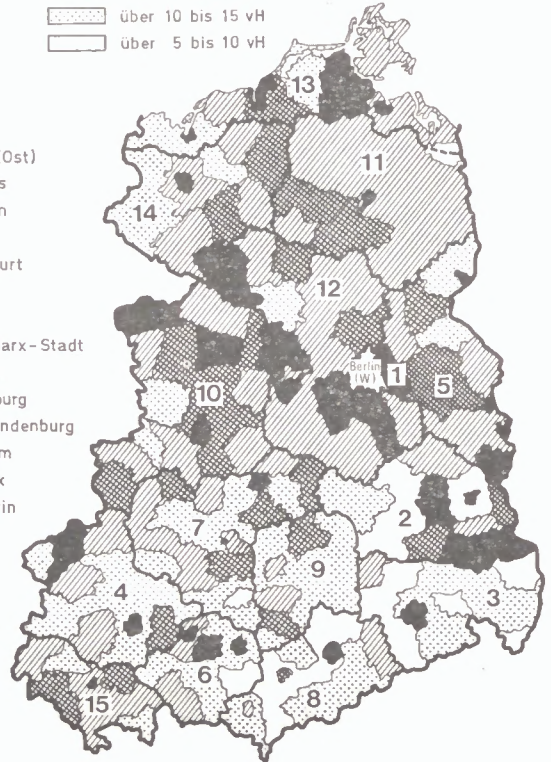
MERKMALE DER QUALITATIVEN REGIONALEN WOHNUNGSVERSORGUNG IN DER DDR IM JAHRE 1979

VERSORGUNGSGRAD AN MIT BAD BZW. DUSCHE AUSGESTATTETEN WOHNUNGEN in vH des Bestandes je Region



- 1 Berlin (Ost)
- 2 Cottbus
- 3 Dresden
- 4 Erfurt
- 5 Frankfurt
- 6 Gera
- 7 Halle
- 8 Karl-Marx-Stadt
- 9 Leipzig
- 10 Magdeburg
- 11 Neubrandenburg
- 12 Potsdam
- 13 Rostock
- 14 Schwerin
- 15 Suhl

VERSORGUNGSGRAD AN MIT ZENTRALHEIZUNG AUSGESTATTETEN WOHNUNGEN in vH des Bestandes je Region



Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

DIW 79

aber in 136 Kreisen fehlt diese Ausstattung noch immer bei jeder vierten bis sechsten Wohnung.

- Die Stadtkreise weisen einen meist weitaus besseren Wohnkomfort auf als die Landkreise. Besonders die Bezirkshauptstädte ragen aus den umliegenden Regionen deutlich heraus, lediglich die Stadtkreise Leipzig und Halle werden in ihren Bezirken von Landkreisen übertroffen.

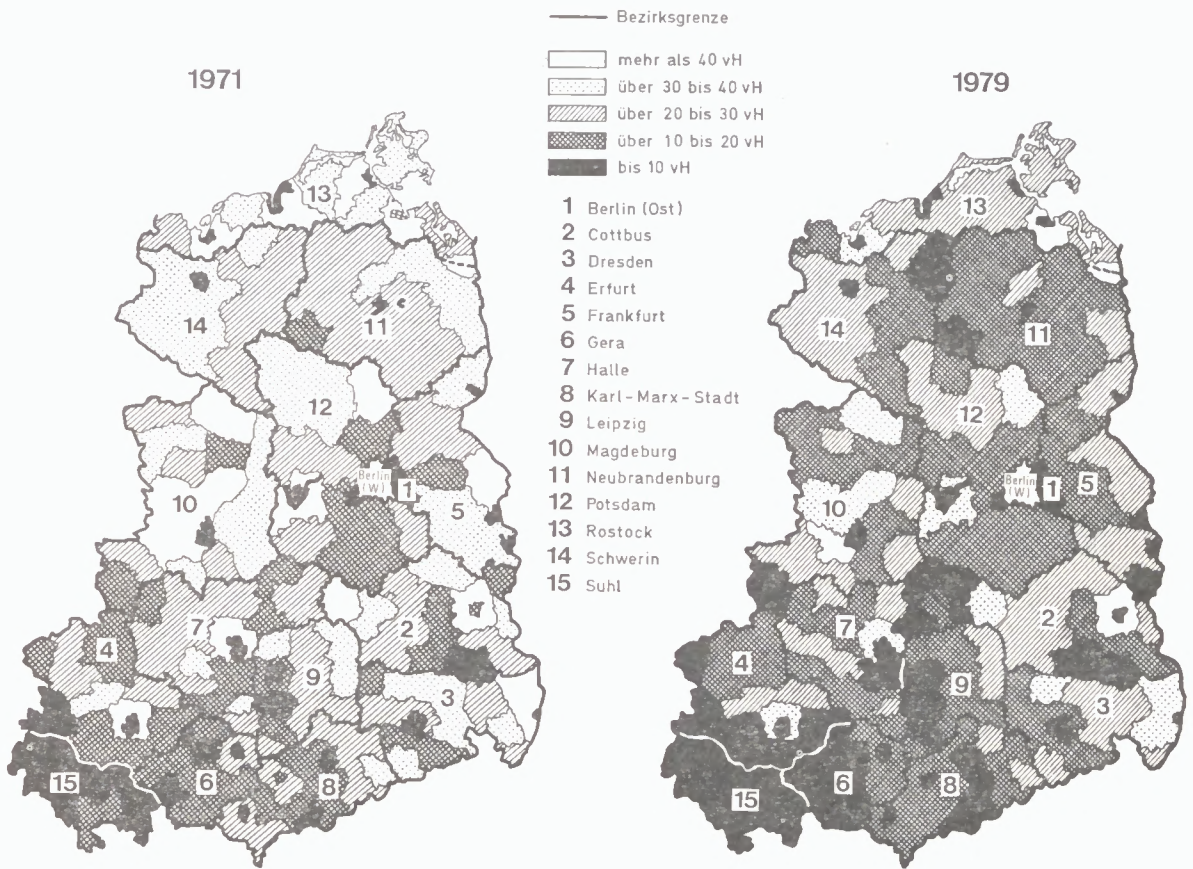
Neben den Großstädten zeigen generell die Mittelbezirke — insbesondere die Kreise um Ost-Berlin — und die Nordbezirke, daneben einige wenige Kreise der Südwestbezirke eine günstigere Ausstattung. Mit Wasseranschluß in der Wohnung sind die Südwestbezirke und eine Reihe von Kreisen in den

Ballungsgebieten gut versorgt, während der Norden, aber auch berlinfernere Kreise zum Teil noch erheblich zurückliegen.

Insgesamt bleibt festzustellen, daß die Wohnungsbaupolitik der vergangenen acht Jahre nicht darauf ausgerichtet war, die doch erheblichen regionalen Unterschiede sowohl der quantitativen als auch besonders der qualitativen Wohnungsversorgung zu verringern. Offenbar hat die Regionalpolitik der DDR andere Ziele, zum Beispiel eine generelle Arbeitskräftesteuerung und eine hohe Priorität für Neuan siedlungen in Industrieschwerpunkten. Deshalb genießen die Städte und vor allem die Bezirkshauptstädte Vorrang, während das Umland vernachlässigt bleibt.

WOHNUNGEN OHNE WASSERANSCHLUSS IN DER DDR

in vH des Bestandes je Region



Quelle: Berechnungen und Schätzungen des DIW.

DIW 79

Ausblick

Ein stärkerer Abbau der regionalen Unterschiede erscheint — auch wegen der sozialen Komponente des Wohnungsbauprogramms — dringend. Der Weg zur Lösung der Wohnungsfrage ist sicherlich noch weit. Nach dem langfristigen Wohnungsbauprogramm ist für den Zeitraum 1981 bis 1990 der Bau weiterer 2,1 Mill. Wohnungen geplant (davon ein Drittel Modernisierungen). Die Kosten hierfür werden mit 145 Mrd. Mark veranschlagt. Im gegenwärtigen Planjahr fünf 1976 bis 1980 wurden für eine Bauleistung von 850 000 Wohnungen (davon 550 000 Neubauten) einschließlich der dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen (z. B. Kindergärten und Kaufhallen) 55 Mrd. Mark geplant. Ohne Reparaturaufwand entspricht dies einem Investitionsvolumen von gut 40 Mrd. Mark bzw. 17 vH der bis 1980 vorgesehenen Gesamtinvestitionen. Für das nächste

Jahrzehnt dürfte der entsprechende Anteil der Wohnungsbauinvestitionen noch höher zu veranschlagen sein.

Bei dieser Größenordnung stellt sich die Frage, ob die DDR angesichts der Abschwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, bei deutlichen Produktivitätsproblemen hinsichtlich des Einsatzes der Produktionsfaktoren sowie vor allem angesichts der durch die zunehmenden weltweiten Rohstoffverteuerungen entstandenen komplizierten Anpassungsprobleme die Priorität des Wohnungsbaus weiterhin aufrechterhalten kann.

Wird die bisherige Politik der vermehrten Anstrengungen um Exporterhöhungen zur Finanzierung der stark verteuerten Importe fortgesetzt, so bedeutet dies zwangsläufig eine relative Schmälerung der im Inland verfügbaren Güter. Privater Verbrauch und

Investitionen können nur verlangsamt steigen. Im Rahmen des bereitgestellten Investitionsvolumens konkurrieren die produzierenden Sektoren, das Verkehrswesen und die sonstige Infrastruktur sowie der Wohnungsbau um die ihnen zufließenden Mittel. Als Entscheidungsalternative bleibt: An der Forcierung der dringend notwendigen Wohnungserneuerung auf Kosten der übrigen Investitionssektoren festzuhalten, oder aber das Wohnungsbauprogramm zugunsten der ebenfalls dringlichen Stärkung der übrigen Bereiche einzuschränken. Da das Wohnungsbauprogramm aber als wichtige politische Entscheidung „Kernstück der Sozialpolitik der SED“ ist, sind Änderungen hieran nur schwer möglich. Allenfalls erscheint eine gewisse Umstrukturierung zu mehr

Modernisierung bei weniger Neubau denkbar¹⁰. Zu den seit Jahrzehnten anhaltenden Bemühungen, die Produktivität, insbesondere im Tiefbau, zu erhöhen und Baumaterial einzusparen, kommt neuerdings die Aufgabe hinzu, mit einer besseren Wärmedämmung — zunächst wenigstens bei Neubauten — den Energieverbrauch zu verringern.

¹⁰ Allerdings kann das Umstrukturierungspotential nicht zu hoch eingeschätzt werden, da der Ausbau der Betonplattenwerke bereits weit fortgeschritten ist: 1978 lag die Jahreskapazität bei 81 000 Wohnungseinheiten, bis 1980 sollen es 110 000 Wohnungen sein. Vgl. Presse-Informationen der DDR vom 5. 7. 1979, S. 2.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Hans-Joachim Ziesing.

Wie chancenreich ist das Europäische Währungssystem? bearbeitet von Fritz Franzmeyer —
Regionale Unterschiede der Wohnungsqualität in der DDR bearbeitet von Manfred Melzer.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.